

**Menschen
statt Profite!**

sozial,
ökologisch
und in Frieden



Antragsheft 1

**zum Landesparteitag
am 4. März und 5. März 2017
in Osnabrück**

**1. Tagung des 6. Landesparteitages
in der Gesamtschule Schinkel, Windthorststr. 79-83, 49084 Osnabrück**

DIE LINKE.
N I E D E R S A C H S E N

Inhalt

Vorläufige Tagesordnung und Zeitplan	Seite 2
Vorschlag für die Geschäftsordnung des 6. Landesparteitages.....	Seite 3
Organisatorische Hinweise.....	Seite 4
Leitantrag A 1 „KLARE LINKE ALTERNATIVEN“	Seite 7
Satzungsändernde Anträge.....	Seite 13
S 1 Änderung der Landessatzung in § 14- Antrag von Sandra Gülk.....	Seite 13
S 2 Änderung der Landessatzung in § 14 Absatz 2 – Antrag von Andreas Gülk.....	Seite 13
S 3 Änderung der Landessatzung in § 5 – Antrag von Andreas Gülk.....	Seite 14
S 4 Urabstimmung Spitzenkandidaturen- Antrag der Emanzipatorischen Linken.....	Seite 14

Vorläufige Tagesordnung und Zeitplan des Landesparteitages am 4. März und 5. März 2017 in Osnabrück

Samstag,

09.00 h		Frauenplenum
11.00 h	Top 1	Eröffnung und Konstituierung des Landesparteitages
11.20 h	Top 2	Grußworte Kreisverband Rede Parteivorsitzende (angefragt)
11.50 h	Top 3	Bericht vom Frauenplenum
12.10 h	Top 4	Rechenschaftsberichte Landesvorstand, Landesgeschäftsführung und Landesschatzmeister mit Aussprache Vorstellung, Diskussion und Beschlussfassung des Leitantrages
13.10 h	Top 5	Bericht Landesrevisionskommission Entlastung des Landesvorstandes
13.20 h	Top 6	Vorstellung, Diskussion und Beschlussfassung Leitantrag
16.00 h		<i>Pause</i>
16.30 h	Top 7	Wahl der Landesvorsitzenden
17.00 h	Top 8	Wahl der Landesvorsitzenden / des Landesvorsitzenden (gemischte Liste)
17.30 h	Top 9	Wahl der Landesgeschäftsführerin / des Landesgeschäftsführers
18.00 h	Top 10	Wahl der Landesschatzmeisterin / des Landesschatzmeisters
18.30 h	Top 11	Wahl der stellvertretenden Landesschatzmeisterin / des stellvertretenden Landesschatzmeisters
19.00 h	Top 12	Wahl weiterer Mitglieder des Landesvorstandes (Liste zur Sicherung der Mindestquotierung)
21.00 h		
21.30 h		Ende des ersten Tages

Sonntag

09.00 h	Top 13	Wahl weiterer Mitglieder des Landesvorstandes (gemischte Liste)
11.00 h	Top 14	Nachwahl der Landesschiedskommission
11.30 h	Top 15	Ehrung von ausgeschiedenen Landesvorstandsmitgliedern
11.45 h	Top 16	Bericht der Landesschiedskommission
12.00 h	Top 17	Satzungsändernde Anträge
13.15 h	Top 18	Bericht Landesgruppe
13.30 h	Top 19	Weitere Anträge
15.00 h	Top 20	Schlusswort der Landesvorsitzenden Internationale
15.30 h		Ende des Landesparteitages

Vorschlag

Geschäftsordnung des 6. Landesparteitages

I. Leitung / Arbeitsgremien / Aufgaben und Befugnisse

(1) Der Parteitag wählt als Arbeitsgremien im Block und, sofern nicht auf Befragen ein Widerspruch dagegen erhoben wird, in offener Abstimmung:

- * das Tagungspräsidium,
- * die Mandatsprüfungskommission,
- * die Antragskommission
- * die Wahl- und Zählkommission.

(2) Die Arbeit des Landesparteitages wird vom Tagungspräsidium geleitet. Das Tagungspräsidium bestimmt aus seiner Mitte die Tagungsleitung.

(3) Geschäftsordnung und Tagesordnung werden zu Beginn des Parteitages in dieser Reihenfolge beschlossen.

II. Beschlussfassung allgemein

(4) Der Landesparteitag ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gewählten Delegierten anwesend ist.

(5) Stimm- und Rederecht haben die gewählten und angemeldeten Delegierten. Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit beratender Stimme haben Rederecht.

Gästen des Landesparteitages kann das Wort durch die Tagungsleitung erteilt werden. Entsprechende Anträge sind an das Tagungspräsidium zu richten.

(6) Beschlüsse des Landesparteitages werden grundsätzlich mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen (im Weiteren nur Mehrheit genannt) gefasst, sofern die Bundessatzung, die Landessatzung oder diese Geschäftsordnung nicht anderes vorschreiben. Die Satzung ist mit einer Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen zu verabschieden. Stimmenthaltungen bleiben dabei unberücksichtigt. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung. Abstimmungen erfolgen durch Erheben der Stimmkarten.

Das Tagungspräsidium setzt zur Auszählung der Stimmen Zähler ein, die tätig werden, wenn kein eindeutiges Ergebnis von der Tagungsleitung ermittelt werden kann.

III. Regeln in der Debatte

(7) Die Tagungsleitung ruft die Tagesordnungspunkte und die dazugehörigen Anträge auf, leitet die Beschlussfassung, erteilt das Wort, kann Rednerinnen und Redner zur Sache rufen, muss ihnen das Redezeitende einmal vorankündigen und das Wort entziehen, wenn sie die Redezeit überschreiten oder vom aufgerufenen Thema abweichen. Die Redezeit beträgt 3 Minuten. Über Abweichungen beschließt der Parteitag am Beginn eines Tagesordnungspunktes auf Vorschlag des Tagungspräsidiums oder auf Antrag von zehn Delegierten aus drei Kreisverbänden.

(8) Wortmeldungen zur Aussprache sind schriftlich beim Tagungspräsidium einzureichen. Dafür sollen die vorgegebenen Formulare verwendet werden. Bei Wortmeldungen sind Name und delegierender Kreisverband bzw. Zusammenschluss anzugeben.

Die Fristen für die Abgabe von Wortmeldungen und die Modalitäten ihrer Entgegennahme werden vom Tagungspräsidium bekannt gegeben. Das Tagungspräsidium entscheidet unter der Prämisse der Geschlechterquotierung über die Reihenfolge der Rednerinnen und Redner.

Die Zurücknahme von Wortmeldungen führt zur Streichung von der Redeliste. Eine Zurücknahme von Wortmeldungen zugunsten anderer Rednerinnen oder Redner ist nicht möglich.

(9) Delegierte können nach Abschluss von Debatten und Abstimmungen persönliche Erklärungen abgeben. Sie sind bei der Tagungsleitung anzumelden. Die Redezeit hierfür beträgt eine Minute.

IV. Antragsarten / Antragstellung / Beschlussfassung

(10) Antragsteller/-innen haben das Recht, Anträge vor dem Plenum zu begründen.

(11) Anträge zur Geschäftsordnung werden außerhalb der Liste der Rednerinnen und Redner sofort behandelt, soweit nicht gerade eine Abstimmung läuft. Sie können nur von Delegierten des Parteitages gestellt werden. Vor der Abstimmung erhalten je eine Delegierte oder ein Delegierter zunächst gegen den Antrag bzw. Aufruf und hiernach dafür das Wort.

(12) Der Antrag auf Beendigung der Debatte oder Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt kann jederzeit zur Abstimmung gestellt werden, innerhalb des Tagesordnungspunktes jedoch nur einmal. Das Recht zur Antragstellung haben nur Delegierte, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen haben. Vor Beschlussfassung ist die Liste der noch ausstehenden Rednerinnen und Redner zu verlesen.

(13) Fristgemäß eingereichte Anträge, welche Kreis- und Ortsverbänden, landesweiten Zusammenschlüssen, Organen der Partei, Kommissionen des Landesparteitages oder mindestens von 20 Delegierten gestellt werden, sind vom Parteitag zu behandeln oder an den Parteivorstand bzw. den Landesausschuss zu überweisen; die Antragskommission empfiehlt dem Parteitag die Behandlung im Plenum oder die Überweisung. Fristgemäß eingereichte Anträge, die diese Kriterien nicht erfüllen, werden nur auf Vorschlag der Antragskommission vom Parteitag behandelt oder an den Landesvorstand überwiesen.

(14) Dringlichkeits- oder Initiativanträge können in den Landesparteitag eingebracht werden, wenn mindestens 20 Delegierte einen solchen Antrag unterstützen.

Unter Beachtung dieser Prämisse empfiehlt die Antragskommission dem Plenum die Behandlung oder die Nichtbefassung.

(15) Änderungsanträge betreffen die Änderung eingereichter Anträge und sind schriftlich an die Antragskommission einzureichen. Der/die Antragsteller/in kann die Übernahme von Änderungsanträgen erklären. Änderungsanträge, die von 20 Delegierten unterstützt werden, sind im Plenum zur Abstimmung zu unterbreiten.

(16) Die Antragskommission kann hinsichtlich einer möglichen weiteren Behandlung von Anträgen Überweisungsempfehlungen aussprechen.

(17) Die Abstimmung wird durch die Tagungsleitung geleitet, wobei zunächst die Stimmen „für“ den Antrag, dann „gegen“ den Antrag und abschließend die Stimmenthaltungen abzurufen sind.

(18) Anträge auf Wiederholung (Rückholung) einer Abstimmung sind unverzüglich nach Bekanntwerden des Grundes und unter Nennung desselben und der Umstände seines Bekanntwerden zu stellen. Hierüber ist nach Gegen- und Fürrede sofort abzustimmen.

Organisatorische Hinweise

Anträge

Die Antragsfrist endet am **Freitag, 03.02.2017**. Die Antragsfrist für Anträge von besonderer Bedeutung (insbesondere Satzungsanträge) endete bereits am Freitag, 06.01.2017. Dringlichkeits- und Initiativanträge bitten wir ausschließlich an folgende E-Mail-Adresse zu senden **antraege-lpt@dielinke-nds.de** . Wir bitten, darum ausschließlich **Word-Dateien** zu senden, da diese sich einfacher verarbeiten lassen. Sollten Ihr über keine E-Mail-Adresse verfügen, ist es auch möglich, die Anträge per Post an das Landesbüro DIE LINKE. Niedersachsen, Gosseriede 8, 30159 Hannover zu schicken. Die Einbringung von Dringlichkeits- und Initiativanträgen ist in Absatz 14 der Geschäftsordnung des 6. Landesparteitages geregelt.

Wahlen

Wir weisen Euch darauf hin, dass wir von KandidatInnen, für den Landesvorstand und andere Funktionen, die auf dem Landesparteitag nicht persönlich anwesend sind, eine schriftliche (auch elektronische) Einverständniserklärung benötigen (§ 7 Absatz 3 Wahlordnung). Liegt diese nicht vor, kann keine Wahl erfolgen.

Bitte schickt uns eure Bewerbung (eine A4-Seite) bis zum 13.02.2017 an diese e-mail-Anschrift: **kandidaturen-lpt@dielinke-nds.de**

Nachwahl der Landesschiedskommission

Die Landesschiedskommission soll laut Beschluss der 2. Tagung des 5. Landesparteitages im Februar 2016 acht Mitglieder umfassen. Es wurden 5 Mitglieder, 4 Männer und eine Frau, gewählt. Am 08.03.2016 ist ein männliches Mitglied der Landesschiedskommission aus unserer Partei ausgetreten. Deshalb sind Nachwahlen von 4 weiteren Mitgliedern (mindestens 3 Frauen) notwendig.

In § 2 Absatz 3 der **Schiedsordnung der Partei DIE LINKE** heißt es:

„Die Mitglieder der Schiedskommission dürfen nicht Mitglied des Parteivorstandes, oder eines Landes- oder Kreisvorstand sein, in einem Dienstverhältnis zu der Partei oder eines Gebietsverbandes stehen oder von ihnen regelmäßige Einkünfte beziehen.

Verhinderung

Solltest Du am Landesparteitag verhindert sein, bitten wir Dich, dieses in der Landesgeschäftsstelle anzuzeigen und die **Unterlagen an Deinen Kreisvorstand** weiterzugeben, damit dieser sie an die Ersatzdelegierten weitergeben kann.

Reisekosten

Folgende Reisekosten werden übernommen:

1. Die Fahrtkosten werden für Delegierte und Teilnehmerinnen des Frauenplenums maximal in Höhe des Niedersachsen-Tickets oder des DB-Sparpreises übernommen. Hierzu ist eine frühzeitige Buchung erforderlich. In begründeten Ausnahmefällen kann er Landesschatzmeister nach vorheriger Beantragung höhere Kosten bewilligen.
2. Für Bundestagsabgeordnete und Europaabgeordnete werden keine Reisekosten übernommen.
3. Die Fahrt- und Übernachtungskosten der Gastdelegierten werden aus dem Budget der jeweiligen Landesarbeitsgemeinschaft getragen.
4. Kosten für Übernachtungen werden für Doppelzimmer erstattet, für Einzelzimmer - Zimmer muss der Mehrpreis selbst gezahlt werden. Wenn die Anreise zum Frauenplenum Samstags nicht möglich ist, werden auch für eine Übernachtung am Freitag die Kosten übernommen. **Der genaue Erstattungsbetrag und die Hotelanschriften incl. Anmeldemodalitäten werden im gesonderten Orga-Info mit dem Antragspaket 2 und den Delegierten vorab per e-mail (einigen per Post) zugeschickt.**

Verpflegung

Der Tagungsort Gesamtschule Schinkel steht uns mietfrei zur Verfügung. Bedingung dafür ist, dass Catering über die Schulmensa erfolgt.

Genossinnen und Genossen, die für diese Bedingung einen Verpflegungszuschuss benötigen, können dies bei mariannekoenigde@online.de oder per Briefpost im Landesbüro anmelden. Der Verpflegungszuschuss beträgt in diesem Falle 10,50 €.

Barrierefreiheit

Die Veranstaltungsräume und ein Zugang sind barrierefrei.

Kinderbetreuung

Der Landesverband bietet bei Bedarf eine Kinderbetreuung an. Aus organisatorischen Gründen bitten wir um die Anmeldung **bis spätestens 20.02.2017** an folgende E-Mail-Adresse: landesbuero@dielinke-nds.de. Bitte gebt bei der Anmeldung das Alter der Kinder und Eure Telefonnummer (nach Möglichkeit Handy-Nummer) an.

Infotische

Wir bitten, die Infotische bis **Sonntag, 27.02.2017** per E-Mail an landesbuero@dielinke-nds.de anzumelden.

BSt/18.01.2017

Anträge

A 1

Leitantrag

zum Landesparteitag der niedersächsischen LINKEN
am 4. März und 5. März 2017 in Osnabrück

1 **Antragssteller: Landesvorstand**

2

3 KLARE LINKE ALTERNATIVEN

4 – gegen eine „Weiter so“-Politik von CDU/CSU, SPD, Grünen, FDP und AfD

5 Die gerechte Verteilung von Geld, Bildung, medizinischer Versorgung, Arbeit, Rente ist das,
6 was Menschen zufrieden macht, was ihre Lebensqualität hebt und sie ermutigt, sich auch für
7 andere einzusetzen. Die Abwesenheit von Sorge um die eigene Versorgung und Belastung,
8 die vielfältigen Anforderungen im täglichen Leben zu bestehen, ermöglicht eine Erweiterung
9 des eigenen Handelns.

10 Verteilungsgerechtigkeit – im Bund, im Land Niedersachsen, weltweit bis kommunal – ist das
11 „A und O“ einer gerechten Welt. Verteilungsgerechtigkeit ist das Ziel der LINKEN in
12 Niedersachsen. Unser politisches Handeln richtet sich an den Bedürfnissen der Mehrheit der
13 Menschen aus, nicht an wirtschaftlichen Interessen einer ökonomisch mächtigen Minderheit,
14 wie es andere Parteien tun.

15 Wir sind die Partei, welche die Voraussetzung der Umfairteilung schaffen will, damit sich die
16 Gesellschaft weiterentwickeln kann.

17 Das gefährliche Märchen der Alternativlosigkeit neoliberaler Politik

18 Die Ungerechtigkeit bei der Verteilung von Einkommen, Vermögen und der damit
19 verbundenen Lebensqualität ist nicht naturgegeben. Sie ist Ergebnis einer seit Jahrzehnten
20 verfolgten unsozialen und unsolidarischen Wirtschafts- und Sozialpolitik – vertreten durch
21 CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP. Diese Politik, erst getarnt als soziale Marktwirtschaft,
22 wurde umgeformt zum Neoliberalismus. Sie ist der perfide Ausdruck des abwertenden
23 Systems des Kapitalismus.

24 Diese Politik sorgt für eine Umverteilung von „unten nach oben“, die Reichen werden noch
25 reicher, die Armen noch ärmer. Die Gewinne sprudeln, die Löhne und Renten sinken.

26 Das Märchen des 21. Jahrhunderts, der Neoliberalismus sei alternativlos, ist eine schlechte
27 Geschichte, schlecht für einen Großteil der Menschheit. Viele spüren am eigenen Leib die
28 Verschlechterungen: in Form von Hartz-IV-Gesetzen, der Schaffung eines
29 Niedriglohnssektors, der Senkung der Renten und aller anderen Sozialleistungen, der
30 Senkung der Steuern für Reiche und der Erhöhung der direkten und indirekten Steuern für
31 alle, der Verlängerung der Arbeitszeiten ohne Lohnerhöhungen und der Kürzung der
32 Ausgaben für Bildung, Infrastruktur und Kultur. Es gibt eine fest verwurzelte Zusammenarbeit
33 von Bundes- und Landesregierungen mit Konzernen und privaten Unternehmen. Was

34 Hartz IV allein nicht schafft, wird durch betriebliche und tarifvertragliche Verschlechterungen
35 ergänzt.

36 Hervorgebracht hat der Neoliberalismus mehr Armut, mehr Angst, mehr Entsolidarisierung,
37 mehr Ab- und Ausgrenzung, und nicht zuletzt die AdD, die für eine besonders unsoziale,
38 neoliberale und rassistische Variante des Kapitalismus steht.

39 Unsere Alternative heißt Umverteilung, Solidarität und soziale Gerechtigkeit

40 Es ist DIE LINKE in Niedersachsen, die ohne Wenn und Aber für die Umverteilung von „oben
41 nach unten“ eintritt, weg vom Reichtum einiger hin zu einer gerechten Verteilung von
42 Vermögen und Einkommen für alle.

43 Gerechte Besteuerung von Reichtum – Einkommens-, Erbschafts- und Vermögenssteuer –
44 muss drin sein. Steuern für niedrige und mittlere Einkommen sowie die indirekten Steuern
45 müssen sinken.

46 Es ist genügend Geld für alle da. Durch konsequente Umverteilung hat jede und jeder
47 Einzelne mehr Geld zur Verfügung, kann tatsächlich wieder über sein Leben verfügen, es
48 gestalten. Städte und Gemeinden, Bundesländer und die Bundesregierung können Geld in
49 Bildung, Infrastruktur, soziale Leistungen usw. investieren.

50 Eine unserer ersten Forderungen ist die sofortige Erhöhung der Renten, der Einkommen und
51 Sozialleistungen. Wir bleiben dabei: das unwürdige Hartz-IV-Regime muss weg.

52 Wer die Ziele einer politischen Umkehr in allen großen Fragen erreichen will, wird das nicht
53 mit den jahrelang gepredigten Glaubensbekenntnissen von CDU, SPD, Grünen und FDP
54 bewerkstelligen können. DIE LINKE hat seit ihrer Gründung bewiesen, auf welcher Seite sie
55 in politischen und Interessen-Auseinandersetzungen steht.

56 Viele unserer Forderungen können und werden durch eine starke gesellschaftliche und
57 parlamentarische Opposition erreicht. Wir wollen die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse
58 ändern, weil nur dadurch die Politik wirklich verändert wird.

59 SPD und Grüne verwalten in Niedersachsen mehr schlecht als recht die bestehenden
60 Verhältnisse. DIE LINKE will diese Verhältnisse ändern.

61 Unser Ziel heißt soziale Gerechtigkeit, umfassende Demokratie, Schutz des Klimas und der
62 Umwelt für unsere Generation, unsere Kinder und Enkel und alle Menschen auf der Welt.
63 Um es zu erreichen, dürfen die bestehenden Wirtschafts- und Besitzverhältnisse nicht so
64 bleiben wie sie sind. DIE LINKE in Niedersachsen will den Kapitalismus überwinden und den
65 Weg zum Sozialismus beschreiten.

66 Zu den Wegmarken gehören

67 Umverteilung von Arbeit

68 Es ist ein Skandal, dass einerseits Millionen von Menschen keine Arbeit haben oder
69 gezwungen sind, in prekären Beschäftigungsverhältnissen wie Leiharbeit oder mit
70 Werkverträgen oder Befristungen zu arbeiten. Auf der anderen Seite werden Unmengen
71 Überstunden geleistet, die Arbeitszeiten werden verlängert und die Arbeit intensiviert.
72 Menschen werden durch ihre Arbeit krank. DIE LINKE kämpft für die konkrete Vision der 30-
73 Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

74 Diese Umverteilung ist möglich durch eine konfliktorientierte Politik in der gewerkschaftlichen
75 und betrieblichen Interessensvertretung. Sie kann unterstützt werden durch

76 parlamentarische Initiative auf der Bundesebene und der Landesebene. Es ist DIE LINKE,
77 die sich in diesen Auseinandersetzungen auf die Seite der Beschäftigten und Erwerbslosen
78 stellt. Der Kampf um Arbeitszeitverkürzung ist ein Kampf um die Wiedererlangung von Zeit-
79 Souveränität. Wir wollen mehr selbstbestimmte Zeit für Familie und Freunde, Freizeit,
80 Hobby, politisches Engagement und Kultur – für ein Leben in Selbstbestimmung.

81 Bildung als emanzipatorischer Prozess

82 Bildung in Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen und Ausbildungen ist häufig die
83 Vermittlung von (Fach-)Wissen, abgekoppelt von Lebenswirklichkeit. Kinder und Jugendliche
84 werden zum Funktionieren erzogen, um im kapitalistischen Ellenbogen-System existieren
85 und sich durchsetzen zu können oder als Konsumentinnen und Konsumenten zu enden. Der
86 emanzipatorische Bildungsauftrag beinhaltet, Menschen zu einem selbstbestimmten Leben
87 zu ermächtigen. Darum muss in der Bildung die Vielfalt des Lebens abgebildet werden. Es
88 müssen aber auch die Kompetenzen junger Menschen, aus dem vorhandenen Regelwerk
89 auszubrechen und neue Wege zu gehen, gefördert werden. Lernen ist nicht das Abspulen-
90 Können des 1x1 oder die Konjugation von Verben.

91 Heute wird zudem neben der reinen Vermittlung von Wissen auch ein anderer grundlegender
92 Fehler begangen: Inklusion light. DIE LINKE wird sich immer für die Inklusion von Menschen
93 mit Behinderungen wie auch Menschen mit anderen kulturellen Hintergründen einsetzen. Die
94 heutige staatliche Umsetzung der so genannten Inklusion ist oft abwertend und selbst da ist
95 sie hoffnungslos unterfinanziert. Sie wird weder den Lernenden noch den Lehrenden
96 gerecht.

97 Niedrige Miete statt hoher Rendite

98 Günstiger Wohnraum für alle heißt, nicht die Hälfte oder mehr des Einkommens für Miete
99 ausgeben zu müssen. Bezahlbare Mieten schaffen Luft für andere notwendige Ausgaben
100 und somit für ein selbstbestimmteres Leben. Dafür muss die Privatisierung von und die
101 Spekulation mit Boden gestoppt und zurückgedrängt und sozialer Wohnungsbau ausgebaut
102 werden.

103 Frieden schaffen statt Export von Krieg und Umweltzerstörung

104 Krieg macht nicht Halt vor Niedersachsen. Er wird von hier exportiert. In Niedersachsen gibt
105 es Waffen-herstellende und -exportierende Betriebe und viel militärische Infrastrukturen. Das
106 Argument, dass Rüstung Arbeitsplätze schafft, gilt für uns nicht. Jeder Arbeitsplatz in der
107 Rüstungsindustrie ist für die Gesellschaft deutlich teurer als zivile Arbeitsplätze
108 beispielsweise in Gesundheit, Bildung und Pflege. Es existieren Ideen und Projekte der
109 Konversion, die eine Überführung von einer Rüstungsproduktion hin zur zivilen Produktion
110 möglich machen. Das sind die friedenspolitischen Forderungen der LINKEN in
111 Niedersachsen.

112 Die seit 1989 vermehrt geführten Kriege um die Neuaufteilung der Welt in Märkte und
113 Einflusszonen, zwischen neuen nationalistischen Kräften und kriminellen Banden in den
114 zerstörten Regionen erzeugen Elend, Armut, Hunger und Flucht. Gleichzeitig zerstören die
115 internationalen Freihandelsbeziehungen und -abkommen im großen Stil die
116 Lebensgrundlage von Millionen. Letztlich führen die in erster Linie durch die großen
117 Industriemächte verursachten Klimazerstörungen zu Flucht und Vertreibung. 65 Millionen
118 Menschen sind weltweit auf der Flucht vor Krieg, Freihandel und Umweltzerstörung. Nur ein
119 kleiner Teil davon erreicht das reiche Europa und Deutschland.

120 Es ist DIE LINKE. Niedersachsen, die auf der Seite dieser Opfer der Weltpolitik steht. Es ist
121 die große Lüge der vergangenen beiden Jahre, dass es angeblich kein Geld für eine humane
122 und nachhaltige Aufnahme dieser Menschen gäbe. Wer im Handumdrehen hunderte von
123 Milliarden zur Bankenrettung oder Milliarden Euro Abwrackprämie als Hilfe für die
124 Autokonzerne auftreibt, der kann auch die Milliarden für eine andere Politik im Umgang mit
125 Geflüchteten zur Verfügung stellen.

126 DIE LINKE in Niedersachsen ist für eine solidarische Handels- und eine friedliche
127 Außenpolitik, sie ist für die Bekämpfung der Fluchtursachen dort, wo sie entstehen.

128 Das Asylrecht darf nicht weiter eingeschränkt werden. Menschen, die ihr Leben durch die
129 Flucht nach Niedersachsen retten, haben ein Recht darauf, hier in Sicherheit leben zu
130 können. Die Benennung verschiedener Staaten in Südosteuropa und Nordafrika als sichere
131 Herkunftsländer bzw. Drittstaaten ist unverantwortlich. Wir brauchen eine deutliche Erhöhung
132 der Gelder für eine gute finanzielle und personelle Ausstattung von Städten und Gemeinden.
133 Sie müssen in die Lage versetzt werden, zusätzliche administrative und soziale Aufgaben
134 besser bewältigen zu können. Hilfsorganisationen und Selbsthilfegruppen der Geflüchteten
135 sind zu unterstützen, um allen Wohnungen, Bildung und soziale Integration zu
136 gewährleisten. Dies steht nicht im Gegensatz zur notwendigen Unterstützung anderer
137 hilfebedürftiger Gruppen.

138 Es ist DIE LINKE in Niedersachsen, die vehement für eine aktive Friedenspolitik und die
139 Beendigung jeglicher Kriegstreiberei durch Forschung und Kriegswerbung an Schulen,
140 Universitäten, Jobcentern und öffentlichen Einrichtungen eintritt.

141 Für Klima- und Umweltschutz als Grundlage unseres Lebens

142 Um die Erd-Erwärmung zu drosseln, ist eine Umkehr der Politik erforderlich: statt mehr
143 Stromverbrauch ist weniger nötig; statt mehr Verkehr und Transporte weniger in regionalen
144 Wirtschafts-Kreisläufen; statt mehr Produktion überflüssiger Güter, die nur aus Profitgründen
145 auf den Markt geworfen werden, weniger, aber dafür sinnvolle. Wir brauchen eine Revolution
146 in unseren Konsum- und Produktionsverhältnissen, um selbst die minimalen und bei weitem
147 nicht ausreichenden Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen. Wir müssen nicht nur
148 aus der Atomtechnologie und verantwortungslosen Lagerung des Atommülls
149 (Atommülllagerung in der Asse mit weiterer Verseuchung des Grundwassers, gerade als
150 ungefährlich tituliert), sondern auch aus der Braun- und Steinkohleproduktion aussteigen.
151 Fracking geht gar nicht. Die niedersächsische SPD/Grüne-Regierung hat an dieser Stelle
152 vollständig versagt, als sie das Fracking-Ermöglichungsgesetz im Bundesrat nicht stoppte.

153 Aber auch wichtige Sektoren der Chemie-, der Stahl- und Aluminiumproduktion müssen auf
154 den Prüfstand.

155 Schiene statt Auto

156 Der motorisierte Individualverkehr muss in Frage gestellt werden. Ein gut ausgebauter und
157 bezahlbarer öffentlicher Personen(nah)verkehr sowie regionale Versorgung nimmt der
158 Automobil-Lobby ihren Einfluss. Keine der bisherigen Regierungen und der sie stellenden
159 Parteien war bisher bereit, sich im Sinne einer solchen Revolution mit den großen Energie-
160 und Industriekonzerne anzulegen. Es wird aber nicht ohne diese Konfrontation gehen.

161 LINKE Zusammenarbeit, parlamentarisch und außerparlamentarisch

162 Die niedersächsische LINKE ist im Bundestag wie in vielen kommunalen Parlamenten
163 vertreten. Auf einen Wiedereinzug in den niedersächsischen Landtag arbeiten wir hin.
164 Niedersachsen braucht DIE LINKE.

165 In einem basisdemokratischen Prozess erarbeiten wir das Programm zur Landtagswahl
166 2018. Jede und jeder wirkt mit seinen Möglichkeiten mit. Wir werden es in einem großen
167 Ratschlag mit Gewerkschaften, außerparlamentarischen Gruppen und Bewegungen
168 durchführen und im Mai verabschieden.

169 Wir erreichen als Partei, die sowohl in Parlamenten agiert als auch großen Wert auf
170 außerparlamentarische Arbeit und Kreisverbandsaktivität legt, viel durch eine gute
171 Vernetzung aller Ebenen. Unsere Ansprüche sind hoch, aber nicht unerreichbar. Unser
172 Handeln richtet sich solidarisch an Themen aus. Alle Beteiligten beteiligen sich an der
173 Umsetzung gemeinsamer Ideen und Utopien. Das reicht von der Materialverteilung über
174 Infostand-Arbeit, über Mitarbeit in den Bewegungen und die Kommunikation darüber bis zu
175 Anträgen in Parlamenten. Und das ist gut so.

176 Ein großes Augenmerk richten wir auf neu zu uns kommende Mitglieder. Wir verharren nicht
177 in Strukturen, nur weil wir sie kennen, sondern öffnen uns für neue Wege. In
178 Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Bewegungen, antifaschistischen und
179 feministischen Gruppen, der Landesarmutskonferenz, den Sozialverbänden, kämpferischen
180 Berufsgruppen (Pflege, soziale Dienste, Speditions- und Logistiksektor), aber auch
181 Studierendenvertretungen erhöhen wir den Druck für soziale Gerechtigkeit und Frieden.
182 Einen außerparlamentarischen starken Linksblock begrüßen wir. Kleinere Kreisverbände in
183 der Fläche bekommen größtmögliche Unterstützung. Nur mit ihnen gewinnen wir Landtags-
184 und Bundestagswahlen.

185 Es ist DIE LINKE, die sich für die Interessenvertretung der Menschen einsetzt, die heute in
186 unsicheren Verhältnissen leben müssen, von Gewerkschaftsmitgliedern und Frauen und
187 Männer aus dem traditionellen Arbeitsmilieu. Aber es ist schwieriger geworden, sie zu
188 erreichen.

189 Wir denken die Anforderungen durch die Bundestagswahl 2017 zusammen mit denen der
190 Landtagswahl 2018 und nehmen dabei die besonderen aktuellen Bedingungen im Blick.

191 Gegen die Probleme einer sich dramatisch wandelnden Welt, die inzwischen bis vor die
192 eigene Haustür kommen oder zu kommen scheinen, schotten sich Menschen zunehmend
193 ab. Vielfach sind es jene, die von prekären Arbeits- und Lebensbedingungen betroffen sind,
194 die Angst vor Veränderung haben.

195 Auf diesem Nährboden wächst die Zustimmung für rechte Parteien hierzulande, in Europa
196 und darüber hinaus. Autoritäre Antworten sind wieder gefragt und Rechtspopulisten liefern
197 noch Sündenböcke für diese Entwicklung: mal sind es Flüchtlinge, mal „Ausländer“, mal
198 Muslime, mal „die Griechen“, mal Erwerbslose deutscher Herkunft.

199 In diesem Konflikt positionieren wir uns als LINKE mit einer Politik, die Haltung zeigt und Halt
200 gibt. Einerseits stellen wir uns ohne Wenn und Aber jeder Form von Rassismus, Faschismus
201 und Antisemitismus sowie der gesamten Rechtsentwicklung im Land entgegen. Andererseits
202 müssen wir verhindern, dass die 85 Prozent der Bevölkerung, die bisher nicht nach rechts
203 gerückt sind, nicht auch noch wegrutschen.

204 Notwendig ist eine Politik, die Ängsten Hoffnung entgegensetzt, ohne Solidarität und
205 Humanität aufzugeben. Kein Problem lösen diejenigen, die Grenzen schließen, neue Mauern

206 bauen und Stimmung gegen Schutzsuchende und Geflüchtete machen. Probleme werden
207 gelöst, indem die soziale Spaltung des Landes bekämpft und der Vergiftung des
208 gesellschaftlichen Klimas entgegengewirkt wird. Wir stehen für eine solidarische
209 Einwanderungsgesellschaft, die sich nicht den ökonomischen Nützlichkeitskriterien des
210 Marktes unterwirft und die zugleich das Asylrecht garantiert. Der Kampf für Weltoffenheit ist
211 für uns untrennbar mit dem Kampf für die Wiederherstellung der durch die neoliberale Politik
212 aufgehobene Garantie des Sozialstaates verbunden. DIE LINKE wird diese
213 Auseinandersetzung entschlossen führen und die Rechte aller Menschen auf ein
214 selbstbestimmtes Leben und soziale, kulturelle wie demokratische Teilhabe verteidigen.

215 Für uns ist klar, gesamtgesellschaftlich wird nur etwas in Bewegung kommen in diesem
216 Land, wenn alle progressiven Kräfte – sowohl unter den Parteien als auch in der
217 Gesellschaft – bereit sind, Schritte in die richtige Richtung zu unternehmen: hin zu einem
218 sozialen und ökologischen Politikwechsel! DIE LINKE steht für eine soziale Politik in diesem
219 Land. Ein Erfolg der LINKEN zwingt die anderen, sich zu bewegen. Damit ist eine Stimme für
220 DIE LINKE nie verschenkt. Sie ist ein Protest gegen die herrschende Politik, ein Motor für
221 soziale Gerechtigkeit und einen demokratischen Aufbruch, eine Versicherung gegen
222 Wahlbetrug.

223 Darum gestalten wir unsere Wahlkämpfe ...

- 224 • hoffnungsvoll: Wir wissen, die Dinge müssen nicht bleiben, wie sie sind.
- 225 • alltagsbezogen: Wir wollen Politik nachvollziehbar machen, verständlich
226 kommunizieren.
- 227 • aufsuchend: Wir machen Wahlkampf, der zu den Menschen kommt.
- 228 • interessenbezogen: Wir ergreifen Partei für die Interessen der Vielen, gegen die des
229 Kapitals und der Privilegierten.
- 230 • aufklärerisch: Wir treten Vorurteilen entgegen und liefern Fakten und Argumente,
231 gegen neoliberale Ideologie wie gegen rechte Hetze.
- 232 • kompetent: Wir bieten Lösungen an und werben für machbare Reformen.
- 233 • visionär: Wir denken über die Tagespolitik, über Wahlperioden hinaus.
- 234 • rebellisch: Wir geben Protest Raum und legen uns mit den Mächtigen an.
- 235 • organisierend und mobilisierend: Wir wollen nicht nur die Stimmen zur Wahl, sondern
236 Menschen für dauerhaftes politisches Engagement gewinnen.

Satzungsändernde Anträge

S 1

Antrag auf Änderung der Landessatzung §14

Antragstellerin: Sandra Gülk

Es wird beantragt, die Landessatzung in §14 um einen Punkt zu ergänzen.
Eingefügt werden soll nach (2):

Zusammenschlüsse die anerkannt sind, müssen jährlich dem Landesvorstand einen Rechenschaftsbericht vorlegen. Erfolgt in zwei aufeinanderfolgenden Jahren die Vorlage des Rechenschaftsbericht trotz Anmahnung durch den Landesvorstand nicht, so erlischt die Anerkennung des Zusammenschlusses.

Begründung:

In der Vergangenheit ist immer wieder der Streit um die Existenz oder Handlungsfähigkeit der Zusammenschlüsse entstanden. Insbesondere bei der Zuweisung von Mitteln aus dem Haushalt gab es Unsicherheiten bei der Berücksichtigung der einzelnen Zusammenschlüsse. Bisherige Beschlüsse im LA oder LaVo haben keinen Satzungscharakter und keine bereinigende Wirkung für inaktive und geschäftsunfähige Zusammenschlüsse.

S2

Änderung der Landessatzung in § 14 nach Absatz 2

Antragsteller Andreas Gülk

Es wird eingefügt in §14 nach Abs. 2:

Zusammenschlüsse entscheiden selbstständig über ihre Arbeitsweise und ihre innere Struktur. Diese müssen demokratischen Grundsätzen entsprechen. Dazu gehört die jährliche Durchführung von mindestens einer Mitgliederversammlung und alle 2 Jahre die Neuwahl des Sprecherrates. Zusammenschlüsse können durch den Landesausschuss aberkannt werden, wenn dies nicht durchgeführt und gegenüber dem Landesvorstand nachgewiesen wird.

Begründung:

Für die Anerkennung und die Bewilligung von Mitteln an Zusammenschlüsse, sollte sich die Partei darauf verlassen können, dass diese auch nach demokratischen Grundsätzen arbeiten. Die turnusmäßigen Mitgliederversammlungen und Neuwahlen sind ein elementarer Bestandteil der demokratischen Grundsätze. Für die Nichteinhaltung dieser Grundsätze hat die Partei bisher keine Handhabe, wie sie damit umgeht.

S 3

Änderung der Landessatzung in §5

Antragsteller Andreas Gürk

den Absatz 11 aus §5 streichen.

(11) Die Mitglieder des Landesvorstandes informieren die Kreisverbände nach Ablauf des jeweiligen Quartals über ihre Tätigkeit im LaVo mit einem Kurzbericht.

Begründung:

Diese, auf dem letzten Parteitag vorgenommene Satzungsänderung, hat sich als wenig praktikabel erwiesen und es gab dementsprechend wenige Berichte.

S 4

Urabstimmung Spitzenkandidaturen

Antragstellerin: Emanzipatorische Linke

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ergänzung der Landessatzung §17 wird nach Absatz 1 eingefügt:

(2) Zu den Spitzenkandidaturen für die Landtagswahl und die Bundestagswahl kann ein Urabstimmung in schriftlicher Form durchgeführt werden. Das Ergebnis hat empfehlenden Charakter für die Landesvertreterversammlung

Die Nummerierung der weiteren Absätze wird entsprechend geändert.

Begründung:

Durch die Mitgliederentscheid werden die Beteiligungsmöglichkeiten der Mitglieder und somit die innerparteiliche Demokratie gestärkt. Laut Wahlgesetzen ist der Aufstellung der Listen durch eine Mitgliederurabstimmung nicht möglich, deshalb kann die Mitgliederurabstimmung nur empfehlenden Charakter für die LandesvertreterInnenversammlung haben.